

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden
Verleger: Carl Neubauer
Herausgeber: Carl Neubauer
Redaktion: Carl Neubauer

Verlagsort: Dresden
Verleger: Carl Neubauer
Herausgeber: Carl Neubauer
Redaktion: Carl Neubauer

Verlagsort: Dresden
Verleger: Carl Neubauer
Herausgeber: Carl Neubauer
Redaktion: Carl Neubauer

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Herriots außenpolitisches Programm

Uebertwältigende Mehrheit in der Kammer

Brünings Erbe

Paris, 7. Juni. Die Kammer hat mit 390 gegen 152 Stimmen durch Annahme der von den Sozialisten und Radikalen vorgeschlagenen Entschließung dem Kabinett Herriot das Vertrauen ausgesprochen.

Die Entschließung hatte folgenden Wortlaut: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung und hat zu ihr das Vertrauen, daß sie eine dem färslich zum Ausdruck gekommenen Willen der Mehrheit des Landes entsprechende Politik betreibt. Die Kammer lehnt jeden weiteren Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über.

In der heutigen ersten Sitzung der neuen Kammer waren beinahe sämtliche Abgeordnete erschienen, und auch der Andrang des Publikums war angesichts der zu erwartenden Regierungserklärung des Kabinetts Herriot besonders stark. Die Sitzung wurde eingeleitet durch die protokolllarische übliche Ansprache des Kammerpräsidenten. Als dieser in seiner Ansprache dem Andenken Brünings und seiner Tätigkeit im Interesse des Friedens Ausdrücke widmete, beklundeten alle Abgeordneten mit Ausnahme der äußersten Rechten und der Kommunisten, ihre Zustimmung.

In der Erklärung der neuen Regierung, die Ministerpräsident Herriot heute in der Kammer und Justizminister Renaud in Senat verlasen, heißt es: Außenpolitisch wird sich die Regierung von der so dringlichen Notwendigkeit der allgemeinen Organisierung des Friedens in Europa und der ganzen Welt leiten lassen. Sie wird alles tun, was von ihr abhängt, um zu einer Politik der Entspannung, einer wirtschaftlichen Ernte und der moralischen Abklärung beizutragen.

Bezüglich der Reparationen könne sich Frankreich keine Rechte aus den Verträgen bestreiten lassen, die durch Unterschriften geschützt seien.

Die Welt würde, wenn sie dem Einfluß des Rechtes entzogen würde, wieder unter den Einfluß der Gewalt geraten. Die französische Regierung sei sich, wenn sie diese Grundzüge hervorhebe, bewußt, nicht egoistische Vorrechte zu verteidigen.

sondern Weltinteressen (intérêts universelles). Im übrigen sei die französische Regierung bereit, über jeden Plan zu beraten, oder jede Initiative zu ergreifen, die einer größeren Stabilität in der Welt oder der Wiederherstellung dienen könnten. In Uebereinstimmung mit dem Völkerbundsstatut, das die grundlegende Charta der ganzen Zukunft sei, und mit dem Geiste des Kellogg-Antikriegspaktes suche die französische Regierung die Sicherheit nicht für Frankreich allein, sondern für alle Völker, da nach französischer Auffassung das gleiche Recht für alle gelte.

Die französische Regierung sei allen Völkern oder Teillösungen günstig gesinnt, die im Laufe der Weltgeschichte und nach einem logischen Vergleich der Mächten ohne Gefährdung der nationalen Sicherheit Erleichterungen der Militäraufgaben gesehen und einen Schritt in Richtung auf die allmähliche, gleichzeitige, kontrollierte Abrüstung hin darstellen würden. Schon jetzt werde die Regierung, um sich diesem Bemühen anzuschließen, alle nur möglichen Einparungen vorzunehmen, allerdings ohne unvorsichtig zu sein. Frankreich stehe dem Feind so zahlreicher Völker nicht gleichgültig gegenüber.

Die Welt sei in Unordnung. Ein starker Wille könne wenigstens die moralischen Befürchtungen beseitigen und so die Wirtschaftskrisis mildern, indem das Vertrauen und die Not zurückgedrängt würden.

Zu diesem Werk sei die französische Regierung bereit. Zum Schluss forderte die Regierungserklärung das Vertrauen des Parlaments.

Als Herriot seine Darlegungen über die Außenpolitik begann, sprach er in feierlichem Ton, jedes Wort unterstreichend.

Die Ermüdung der unermüdeten Rechte Frankreichs auf Reparationen wurde von der gesamten Kammer, auch von Laiblen selbst, mit Beifall aufgenommen. Es ist außerdem anzuführen, daß auf die geplante Wirtschaftskrisis Konferenz nur insofern angespielt wurde, als Herriot die Solidarität der Völker in bezug auf die Wirtschaftskrisis betonte.

Der Regierungserklärung folgte sofort die Aussprache, die mit der oben gemeldeten Abstimmung endete.

Raum ist der Reichstag aufgelöst, befinden wir uns bereits mitten im Wahlkampf, obwohl dazu infolge der unverständlichen langen Hinausschiebung des Wahltermins auf den 31. Juli noch Zeit genug vorhanden wäre. Aber die Linke und das Zentrum fühlen, daß es diesmal um eine endgültige Entscheidung geht, und sie haben sich deshalb entschlossen, um ihre politische Existenz mit allen Mitteln zu kämpfen, die die wenig wählerische Verzweiflung einblüßt. Da andererseits für die nationale Bewegung die große Möglichkeit besteht, bei Einfluß aller verfügbaren Kräfte und bei Vermeidung von Zerplitterungen im Lager der nationalen bürgerlichen Gruppen die absolute Mehrheit über Zentrum und Linke zu erringen, so ist klar, daß dieser Wahlkampf an Schärfe alles bisher Erlebte in den Schatten stellen wird. In Ermangelung einer eigenen Wahlparole werden die Linke und das Zentrum, die sich ansehnlich wieder so einzig wie in den Tagen Erzbergers und Births sind, die Hauptkraft ihrer Kampftätigkeit auf das Kabinett v. Papen richten, das die wahrhaftig undankbare Aufgabe hat, das Erbe Brünings zu verwalten. Man macht sich die Angriffe auf der Linken unerhört leicht. Ohne die sachlichen Leistungen abzuwarten, sieht man die alten Lohndebatten aus dem Schlagschatten der Vorkriegsagitatorien auf. Man schmätzt die Männer, die sich dem Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt haben, als Vertreter des Großkapitalismus, als Hochkapitalisten und als Verschwörer, die dunkle Pläne gegen die Freiheit des Volkes hegen. Am unangenehmsten zeichnen sich hierbei, wie stets, diejenigen demokratischen Blätter aus, deren althergebrachte Has gegen alle nationalen und christlichen Traditionen unseres Volkes man in erster Linie den Zusammenbruch der demokratischen Partei nicht mit Unrecht zuschreibt. Geradezu landesverräterisch aber ist die Depe, die von sozialistischer und demokratischer Seite bis hinein in die Zentrumskreise gegen den neuen Reichspräsidenten mit den verwerlichsten Mitteln betrieben wird, deren man sich in deutscher Sprache wohl bedienen kann: nämlich mit gefälschtem Material der englischen Kriegpropaganda, mit dessen Hilfe man die inzwischen selbst durch amerikanische Gutachten längst widerlegten Phantasien von Anschlüssen des früheren Militärsattaches v. Papen gegen amerikanische Munitionsfabriken während des Krieges erneut aufwärmt. Deutsche Parteien, die sich nachgewiesener englischer Kriegslügen 14 Jahre später gegen den Mann bedienen, der unser Vaterland in Kaufanne vertreten soll, und die darüber hinaus deutschfeindlichen Organen des Auslandes erlogenem Material gegen die eigene Regierung liefern, sollten in den Augen jedes anständigen Menschen gerichtet sein. Diese charakterlosen Angriffe sind zugleich noch namenlos töricht. Denn sie treffen ja gar nicht die verhasste nationale Bewegung, weil das Kabinett v. Papen nicht ihre Regierung, sondern nach Auflösung des Reichstages ein Präsidialkabinett des Reichspräsidenten ist. Wenn wir nun bereits von den ersten hinterhältigen Angriffen der Linken gegen den Reichspräsidenten hören, so empfindet jeder nicht gerade parteipolitisch Verbundene wohl daselbe, wie ein dänisches Blatt, das das Verhalten der Sozialdemokratie lächerlich und charakterlos genannt hat.

Erster sind darum die Versuche, namentlich von Zentrumskreisen, zu nehmen, in denen die wahre finanzielle und wirtschaftliche Lage bei der Entlassung Brünings zu verschleiern versucht wird. Man spekuliert auf das schlechte Gedächtnis der Zeitgenossen mit der Behauptung, Brünings habe eine völlig geordnete Finanzwirtschaft hinterlassen, so, er hätte, wenn man ihn nur nicht entlassen hätte, in kurzer Zeit für die größten außen- und wirtschaftspolitischen Erfolge gesorgt. Diese Behauptungen sowohl von demokratischer Seite durch Reinhold, wie auch von allen Zentrumskreisen aufgestellt, gewinnen jetzt besonderes Gewicht, weil sie von Brünings und den zurückgetretenen Zentrumskreisen in der „Germania“, dem dank Papens Verzicht auf seine Rechte aus der Aktienmehrheit wiedergewonnenem Zentrumorgan, in eindeutiger Weise erhoben werden. Brünings nimmt die Regierungserklärung zum Anlaß seiner Veröffentlichung, in der die neuen Männer, was ihnen niemand ablehnen kann, die Lage schilderten, wie sie sie vorgefunden haben. Besonders wendet sich Brünings gegen die Feststellung, daß die Finanzen erschüttert seien. Seine Verteidigung geht allerdings auf diese Behauptung, die er ja nicht zu leugnen vermöchte, gar nicht ein. Er spricht lediglich davon, er habe bereits eine gewaltige schwebende Schuld vorgefunden, habe zahlreiche wirtschaftliche Unternehmungen sanieren müssen, und habe trotzdem die Ausgaben von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen um mehr als 6 Milliarden gedrosselt. Dem gegenüber muß doch einmal ganz eindeutig festgestellt werden, daß die Maßnahmen Brünings leider fortwährend zu spät getroffen wurden. Sie haben zwar stets ungeheure Kosten, aber keine Hilfe mehr gebracht. So ist trotz ungeheurer Steuern und harter Ausgaben

Lebruns Eröffnungsrede in der Kammer

Paris, 7. Juni. Der wiedergewählte Kammerpräsident Francois Bouillon eröffnete die Sitzung der Kammer mit einer Ansprache, in der er erklärte, in der neuen Legislaturperiode seien viele wichtige Entscheidungen finanzieller und internationaler Art zu treffen. Frankreich sei von den Wirkungen einer in der ganzen Welt sich ausbreitenden Krise nicht verschont geblieben. Die Ursachen dieser Krise seien zum Teil psychologisch. Ermüdung und Entmutigung seien an die Stelle der bisherigen Hoffnungen getreten, die nach dem Kriege Europa zu organisieren verurteilt hätten. Man verzehne den

Erfolg der internationalen Verhandlungen, die gewissen verzweifelten Hilfserufen hätten Rechnung tragen sollen.

Man stelle die Verzögerungen und das langsame Arbeiten der Abrüstungskonferenz fest. Dem Optimismus seien keine Grenzen gesetzt. Frankreich ebenso wie jede andere Nation mühe aber in sich selbst die Hilfe suchen, um der pessimistischen Anschauung Herr zu werden. Frankreich verlange, daß man im Ausland denke, in welsch offenkundiger Weise die öffentliche Meinung Frankreichs bei den letzten Wahlen die tiefe Verbundenheit mit dem Frieden und ihrem Wunsch nach internationaler Lösung der Probleme, die unlosbar seien, wenn man sie isoliert behandle, zum Ausdruck gebracht habe. Das sei eine sichere Methode und sie entspreche auch der Verantwortung des französischen Volkes. In Frankreich habe man bereits vor 200 Jahren den Gedanken ausgesprochen können: „Europa ist nur noch eine aus mehreren Völkern zusammengesetzte Nation. Frankreich und England brauchen Polen und Rußland wie irgendeine ihrer Provinzen.“

Der Staat, der seine Macht durch den Ruin seiner Nachbarn mehren zu können glaubt, pflegt sich gewöhnlich selbst zu ruinieren.“

Auch innerpolitisch müsse Frankreich seiner alten Tradition treu bleiben und an der Wiederherstellung seiner Finanzen und seiner Wirtschaft, deren Grundlagen gesund bleiben, arbeiten. An der weitgehenden antidemokratischen Verschwörung, die sich offenbarte in der Welt auszubreiten scheine, habe Frankreich keinen Anteil. Zum Schluss appellierte Kammerpräsident Bouillon an den Geist der Disziplin, womit den Interessen Frankreichs am besten gedient sei.

Präsident Lebrun

erklärte dann, er werde die vitalen Interessen des Vaterlandes wahrnehmen. Eine Wirtschaftskrisis von außerordentlichem Ausmaß sei heute auch über Frankreich gekommen und bedrohe es in seinem lebendigen Wirken, wie sie schon die Welt in ihren wesentlichen Grundlagen erschüttert habe. Frankreich pflege gegenwärtig internationale

Besprechungen von außergewöhnlicher Bedeutung für die allgemeine Wirtschaft und für den Weltfrieden. Frankreich sei ein begabtes Mitglied des Völkerbundes und nehme an diesen Besprechungen mit uneingeschränkter Loyalität und in der Hoffnung zum Ziele zu kommen, teil. Die großen Opfer, die Frankreich seit Kriegsende gebracht habe, seien ein offenkundiger Beweis seiner Uneigennützigkeit und seiner Solidarität. Wünsche, die zwischen den Nationen immer enger geknüpft werden müßten.

Frankreich müsse eine Politik gegenseitiger Hilfe und Unterstützung zu betreiben suchen.

Es werde bei diesen Anstrengungen nur die gerechte Sorge um seine Sicherheit, seine Unabhängigkeit und seine Stabilität hochhalten müssen, die wichtige Forderung des allgemeinen Friedens seien. Frankreich werde sich auch bemühen, die großen Grundzüge der Achtung untereinanderer Abmachungen und des gegebenen Wortes zur Geltung zu bringen, die bei den Beziehungen der Völker und bei den Beziehungen unter den Menschen überhaupt Vertrauen und Kredit hervorzuufen, welches wesentliche Grundlagen des Wohlstandes, nach dem die ganze Welt strebe. Auf diese Weise werde man die allmähliche Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit herbeiführen.

Herriot über Elßaß-Lothringen

Paris, 7. Juni. In Beantwortung der Interpellationen ging Herriot heute in der Kammer auch auf die Ausführungen des elsässischen Abgeordneten Michel Walter ein und erklärte, die Regierung unterscheide nicht zwischen der allfranzösischen und der elsässisch-lothringischen Bevölkerung. Die Angleichung der östlichen Provinzen schneue wirtschaftlich vollständig vollzogen zu sein. Aber auf einen Punkt wolle die Regierung nachdrücklich hinweisen: Niemals seien die östlichen Provinzen unterschiedlich behandelt worden oder nur fiktiv dem Vaterland verbunden gewesen. Sie seien stets französisch gewesen; sie seien es, und sie würden es bleiben. Die Regierung werde niemals dulden, daß der Einseit und Unheilbarkeit der französischen Republik Abbruch getan werde.

Herriot reist nach Genf

Paris, 7. Juni. Die Davaas aus Genf berichtet, wird Ministerpräsident Herriot am Montagvormittag in Genf erwartet, wo er hauptsächlich mit den Finanzministern verhandeln und den Außenministern, die in Genf anwesend sein werden, Verhandlungen aufnehmen gedenkt, die sich auf das Programm der Pariser Konferenz wie auf die Abrüstungskonferenz beziehen sollen.

Table with financial data, including columns for 'A-Aktien', 'B-Aktien', 'C-Aktien', 'D-Aktien', 'E-Aktien', 'F-Aktien', 'G-Aktien', 'H-Aktien', 'I-Aktien', 'J-Aktien', 'K-Aktien', 'L-Aktien', 'M-Aktien', 'N-Aktien', 'O-Aktien', 'P-Aktien', 'Q-Aktien', 'R-Aktien', 'S-Aktien', 'T-Aktien', 'U-Aktien', 'V-Aktien', 'W-Aktien', 'X-Aktien', 'Y-Aktien', 'Z-Aktien'. Values range from 0.00 to 100.00.